

Änderungsantrag zum Wahlprogramm 2022

VII.2 Abschnitt: „Antisemitismus bekämpfen“, S.97

Zeilen 3837 bis 3840 ersetzen wie folgt:

Jüdisches Leben und jüdische Menschen werden in Deutschland vielfach bedroht. Diese Angriffe kommen überwiegend von rechts, antisemitische Einstellungen finden sich jedoch in allen Teilen der Bevölkerung. Im Zuge der Corona-Debatte haben Verschwörungserzählungen erneut zugenommen, die im Kern antisemitische Stereotypen reproduzieren. Gleichsetzungen der Verfolgung und Vernichtung jüdischer Menschen während der NS-Zeit mit Einschränkungen Ungeimpfter stellen eine abscheuliche Relativierung der Shoah dar.

Wir wenden uns gegen jeden Antisemitismus, auch den in der Maske von „Israelkritik“, sowie gegen jede Verharmlosung der Shoah. Hass und Hetze gegen Jüdinnen und Juden sind auch nicht mit dem Nahostkonflikt zu rechtfertigen.

Zeilen 3841 bis 3848 wie folgt neu fassen:

Was tun?

- Den Schutz von Jüdinnen und Juden in NRW verbessern;
- Hass und Hetze gegen jüdische Menschen konsequent ahnden und verurteilen;
- Projekte fördern und dauerhaft finanziell absichern, die sich gegen Antisemitismus richten oder Begegnungen mit jüdischen Menschen organisieren und jüdisches Leben sichtbar machen;
- Im Auftrag des Landtags einen regelmäßigen Bericht zum Thema Antisemitismus von unabhängigen Expertinnen und Experten erstellen lassen, in dem konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus vorgeschlagen werden sollen;
- Historische Erinnerungsorte an den Faschismus erhalten und ausbauen, sowie ihre finanzielle Ausstattung für ein pädagogisch betreutes historisches Lernen sicherstellen.

Begründung:

Die Formulierung gegen den Antisemitismus ist bislang dünn, lässt aktuelle Entwicklungen vermissen und fällt gegenüber den Formulierungen anderer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zurück.

Derzeit ist es leider so zu lesen, als gäbe es Antisemitismus ausschließlich von rechts. Das ist zwar überwiegend so, leider gibt es auch andere Fälle von antisemitischer Gewalt. Und latent antisemitische Einstellungen sind in allen Bevölkerungsgruppen nachweisbar, je nach Untersuchung liegen sie bei 10-20% der Bevölkerung.

Die Corona-Pandemie hat klassische antisemitische Stereotypen erneut hochgespült. Man liest von Weltverschwörungen gegen die Volksgesundheit etc. Wenn sich Impfgegner als „neue Juden“ bezeichnen oder sich gelbe Sterne anheften, verharmlosen sie damit den Holocaust.

Neben Erinnerungskultur und Abwehr von Antisemitismus gilt es auch, jüdisches Leben durch häufigere Begegnungen und Sichtbarmachung zu normalisieren. Dazu gibt es Initiativen, die zu stärken sind.

Antisemitismus in der Maske der Israelkritik

(Persönliche Anmerkung des Antragstellers)

Etwas näher möchte ich auf den **Antisemitismus in der Maske der Israelkritik** eingehen, denn hier scheint es die meisten Missverständnisse und Vorbehalte zu geben, nach meinem Erleben auch und gerade in der LINKEN.NRW.

Vorausgeschickt sei: **Nicht jede Kritik an den Institutionen Israels, der Regierung, dem institutionellen und strukturellen Rassismus gegenüber arabischen Israelis, Gewalt gegenüber Palästinensern, fortgesetzter Siedlungspolitik oder vergleichbaren Komplexen des Nahostkonfliktes ist automatisch antisemitisch. Die Grenze zu Antisemitismus ist jedoch dünn, und nicht immer leicht zu erkennen.**

Als Deutsche haben wir eine besondere Verpflichtung, diese Grenze sensibel zu beachten.

Unumstößlich ist die Feststellung, dass jüdische Menschen nicht aufgrund ihres ethnischen oder kulturellen Hintergrundes für die kritisierten Punkte per se verantwortlich gemacht werden dürfen – weder kollektiv noch einzelne. Der israelische Student, die alte russischstämmige Dame, die hierzulande in eine Synagoge geht sind genauso wenig dafür verantwortlich wie eine jüdische Gemeinde in Deutschland.

Dass es Antisemitismus in der Maske der Israelkritik grundsätzlich gibt, zeigen die Anschläge auf Synagogen im Rahmen der Nahostkonflikt-Demonstrationen, Sprüche wie "Jude, Jude, feiges Sch****" und Demonstrationen, die vor Synagogen angemeldet werden. Wenn die rechtsradikale Splitterpartei „Der III. Weg“ Plakate mit der Aufschrift „Israel ist unser Unglück“ zeigt, ist doch klar, dass das nur als Chiffre für Antisemitismus dient.

Bei der Kritik an der israelischen Regierung, am Siedlungsbau o.ä. kommt es auch auf die Form an. Setzt man den Siedlungsbau mit der Vernichtung von Juden gleich, oder die israelische Regierung mit Nazis, wird das antisemitisch, weil das Naziregime bzw. der Holocaust damit relativiert wird. Grundsätzlich sollte man daher auf Gleichsetzungen zu Symbolen, Motiven oder Ereignissen des dritten Reiches verzichten.

Auch auf antisemitische, teils jahrhundertalte Stereotypen wie die der „Blutsäufer“ oder „Kindermörder“ sowie der „Weltverschwörung“ sollte in der Kritik unbedingt verzichtet werden, um Antisemitismus nicht zu reproduzieren. Leider sind diese Motive bei Nahost-Demonstrationen allgegenwärtig.

Der Einbezug des Nahostkonfliktes in die Debatte zu heimischen Antisemitismus und der Bedrohung der Juden in Deutschland sowie des Holocaust-Gedenkens ist an sich bereits problematisch, stellt es doch eine irgendwie geartete Rechtfertigung dar.

Die Verwendung des immer wieder verteidigten Begriffes „**Israelkritik**“ kann man bereits als problematisch ansehen, nämlich im Vergleich zur Kritik an anderen Ländern. So gibt es gut begründete Opposition gegen Imperialismus und Kriege der USA, gegen grassierenden religiösen und konservativen Fundamentalismus, strukturellem und institutionellem Rassismus und der sozialen Spaltung dortzulande – dennoch bezeichnet man das in der Regel nicht als „USA-Kritik“. Man kritisiert Homophobie und Demokratiemängel in Russland, Korruption und die Nötigung von Ländern durch Vorenthalt von Erdgas, nennt es deswegen aber nicht „Russland-Kritik“. Auch eine „Nordkorea-“ oder „Saudi-Arabien-Kritik“ gibt es als feststehenden Begriff so im Grunde nicht. Lediglich bei Israel ist man gewohnt, die Kritik an den unzweifelhaft vorhandenen Missständen und Problemen sprachlich derartig auf das ganze Land auszudehnen. Damit sondert man dieses Land in einer Art und Weise aus, die als antisemitisch empfunden werden kann.

Es gibt gute Gründe, staatliche Gebilde und Nationen abzulehnen. Jedoch sollte man aus ebenso guten Gründen dabei nicht gerade mit Israel beginnen.

Israel ist auch als Folge der Shoa entstanden. Letztlich ist es weltweit das einzige Land, in dem Juden ohne Angst vor Verfolgung und Antisemitismus leben können. Auch wenn es unbedingte Erfordernis eines fairen Friedens unter allen dort lebenden Menschen in der Region gibt – die Notwendigkeit eines solchen Staates, eines sicheren Ortes aller Juden sollten wir meiner Überzeugung nach nicht in Frage stellen. Der Begriff „Israelkritik“ lässt jedoch immer eine fundamentale, grundsätzliche Kritik an der Existenz des Staates Israel mitklingen, auf die Juden in Deutschland sehr sensibel reagieren.

Wir sollten von der Legitimität der Kritik an den Institutionen Israels, an Diskriminierung und Rassismus, an Siedlungsbau und Gewalt reden, wie es im Übrigen auch viele Juden tun – und nicht den Staat delegitimieren. Letztlich können wir nur so als glaubwürdiger Partner an der Seite von Juden im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus stehen. Dafür können wir dann umgekehrt genauso glaubwürdig den Wunsch der Palästinenser nach Frieden und Unabhängigkeit formulieren und vertreten, ohne Antisemitismusvorwürfen ausgesetzt zu sein.

Danke für die Aufmerksamkeit. Mit der Bitte um Unterstützung:
D. Schwerd